



Junge Liberale



Schriesheim

Positionspapier: Keine dritte Gemeindearbeiterstelle für Altenbach

3. April 2005

Im Stadtteil Altenbach gibt es derzeit nur zwei Gemeindearbeiterstellen. Des weiteren gibt es einen befristeten Vertrag mit der SKE. Auf diese Weise kommt noch eine halbe Arbeiterstelle dazu, die „quasi eingekauft“ wird.

Eine Mehrheit aus dem Altenbacher Ortschaftsrat wünscht sich eine zusätzliche dritte städtische Gemeindearbeiterstelle. Dies lehnen wir strikt ab. Zwar gibt es zugegebenermaßen viele Rechtfertigungsgründe für eine neue Vollzeitstelle in Altenbach - aber gibt es derartige Rechtfertigungsgründe nicht auch an vielen anderen Stellen? Fehler die vielleicht an anderen Stellen gemacht wurden oder –noch schlimmer noch immer gemacht werden – dürfen nicht als Rechtfertigungsgrund herangezogen werden, um weitere Fehler zu begehen.

Unsere Stadt kann nur das ausgeben (zumindest sollte sie das tun) was vorher durch die Bürgerinnen und Bürger auch erwirtschaftet wurde. Derzeit leben wir auf Kosten der jungen Generation. Unser Haushalt hat strukturelle Fehler. Zu deutsch: Selbst in guten Haushaltsjahren (mit hohen Steuereinnahmen) geben wir mehr aus, als wir auf der anderen Seite einnehmen. Das kann und darf so nicht weitergehen. Eine weitere städtische Vollzeitstelle ist momentan nicht finanzierbar, wollen wir nicht weiter in die Schuldenfalle geraten.

Interessante Dinge rund um die Schriesheimer Kommunalpolitik gibt es unter www.julis-schriesheim.de

Im übrigen darf auch getrost bezweifelt werden, dass der dringende Bedarf für eine dritte Gemeindearbeiterstelle vorhanden ist. Im (Not)fall können auch beispielsweise Arbeiter des Schriesheimer Bauhofes für Tätigkeiten in Altenbach eingesetzt werden. Diese Möglichkeit sollte u.E. erst konsequent ausgeschöpft werden, bevor man nach neuem Personal schreit.

Auch können ehrenamtlich tätige Kräfte für gewisse Tätigkeiten eingesetzt werden. Bisher gibt es aus dem Ortschaftsrat jedoch keine uns bekannten Fälle in denen dies in großem Stil zumindest versucht wurde. Wir müssen unseres Erachtens wieder vermehrt städtische Aufgaben zurück in die Hände der Bürgerschaft geben. Ansonsten lasten wir den jungen Menschen derartige Schuldenberge auf, die diese niemals zurückzahlen könnten.

Das Verhalten der Ortschaftsräte von SPD, GL, FWV und AL stößt daher bei uns auf Unverständnis.

Das der Vertrag mit der SKE u.E. nicht unbefristet abgeschlossen werden sollte, ist eine weitere Selbstverständlichkeit. Das würde einem Freibrief gleichen. Dennoch muss auch die SKE ein gewisses Maß an Planungssicherheit haben. U.E. ist dies durch jährlich oder zweijährige abgeschlossene Verträge gewährleistet. In jedem Fall ziehen wir ein Engagement der SKE einer Gemeindearbeiterstelle vor. Wenn Private eine Leistung genauso gut wie städtische Arbeiter erbringen können und dies nicht teurer ist, dann muss dem Privaten u.E. der Vorzug gegeben werden. Ansonsten droht eine Staatswirtschaft.